

date should be discussed at all. Rather, the aim should be to deliver and focus on actions, that is on tangible progress in the WB and on tangible benefits for them provided by the EU. On this note, Manuel Sarrazin saluted the civil society in the WB for their perseverance. From his perspective, this year's Berlin Process Summit, which would take place the following day, could be deemed successful even if it reached only 30 percent of its ambitious goals: "Nobody expected us to get all WB 6 into the EU in one go."

Reacting to widespread concerns in the region that additional formats, such as the European Political Community or the Berlin Process, could replace the enlargement process, Juzová argued that these fears were due to the fact that the goal of the enlargement process was no longer clear and had to be clarified for the process to remain effective. For her, "staged integration" was the ideal way forward, as it was both in the interest of the EU to keep the WB close and in the interest of the WB to at least come some steps closer to the EU. To achieve this, more EU

member states – especially other "friends of the WB" – should be involved in the process. In a similar vein, Hani reminded the discussants that if the WB did not eventually integrate the EU as countries, their citizens were going to try to integrate the EU as individuals by migrating west. Therefore, keeping up hope in the region was paramount, also because it was the hope and enthusiasm of the youth that was driving politicians and businesspeople in the region to keep making an effort at improving their countries' situation.

The youth's importance for change in the region was also underlined by *Jasna Jelišič*, who commented in private capacity that many of even the most committed and motivated young people in the WB were contemplating moving abroad rather than continuing to hope for a better future in their home country. In conclusion, the panel agreed that restoring trust in the Berlin Process and a renewal of will among WB politicians were key.

Fachkonferenz

Regionale Initiativen auf dem Westbalkan Chancen oder Fallen

Veranstalter: Zentrum für zivile Erziehung (CGO/Centar za građansko obrazovanje) in Podgorica in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft und der Friedrich-Ebert-Stiftung Belgrad
Ort: Podgorica (Montenegro), 25. Oktober 2022

Bericht von Gudrun Steinacker, Wien

Hintergrund

Das eintägige ExpertInnen-treffen fand wenige Tage vor dem Gipfel im Rahmen des Berliner Prozesses in Berlin am 3. November 2022 statt. Ziel war, die umstrittene regionale Initiative Open Balkan (OBI) in Verbindung mit dem Berliner Prozesse zu erörtern. Bei OBI handelt es sich um eine im Jahr 2019 gegründete Initiative des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama und es damaligen mazedonischen Ministerpräsidenten Zoran Zaev, um die freie Bewegung von Menschen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen diesen drei Staaten zu erleichtern.

Inzwischen haben mehrere Gipfeltreffen stattgefunden, auf denen Abkommen im Sinne der Initiative geschlossen wurden. Institutionen zur Implementierung der OBI ebenso wie Kontrollmechanismen gibt es bisher jedoch nicht. Hintergrund der Veranstaltung in Podgorica waren Absichtserklärungen der amtierenden technischen Regierung in Montenegro, sich der „von den USA befürworteten“ (so der amerikanische Botschafter in Belgrad, Christopher Hill) OBI anzuschließen. Ministerpräsident Dritan Abazović hat an dem Open Balkan Gipfel in Belgrad am 2. September 2022 teilgenommen. Auch EU Kommissar Olivér Várhelyi nahm an

dem Gipfel in Belgrad teil und begrüßte die Initiative.¹

Von Anfang an gab es jedoch auch kritische Bewertungen der OBI, so etwa durch den amerikanischen Balkanexperten Edward Joseph² in einer Stellungnahme der von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützten „Western Balkan 6 Strategy Group“ vom 17. Juni 2022, der auch die Direktorin der CGO, Daliborka Uljarević angehört.³

Diskussion

Montenegrinische PolitikerInnen, ExpertInnen aus Montenegro und der WB-Region sowie internationale ExpertInnen diskutierten die OBI und den Berliner Prozess im Lichte der regionalen Entwicklung und mit Blick auf die zahlreichen existierenden regionalen Initiativen und Organisationen wie CEFTA (Central European Free Trade Agreement) und RCC (Regional Cooperation Council).

Der montenegrinische Landwirtschaftsminister *Vladimir Joković* sah im Beitritt Montenegros zur OBI nur Vorteile. OBI sei kein politisches Projekt, es gehe ausschließlich um regionale wirtschaftliche Kooperation und Austausch zum Vorteil aller Beteiligten. Die Vizepremierminister, zuständig für die EU-Beitrittsverhandlungen Montenegros, *Jovana Marović*, war vorsichtiger: Es wäre gut, wenn Montenegro den Beitritt zu OBI prüfen würde. Man sei erst am Anfang eines Prozesses des Dialogs und der Analyse der Initiative. Inzwischen, am 25. November 2022, ist Marović von ihrer Funktion zurückgetreten, nachdem das Außenministerium in einer Analyse den Beitritt Montenegros zur OBI aufgrund zu großer Risiken, mit denen die Initiative behaftet sei, abgelehnt und ganz auf die Zusammenarbeit im Berliner Prozess gesetzt hatte.

MdB SPD *Josip Juratović* widersprach Landwirtschaftsminister *Joković* und dessen Auffassung, dass die OBI sich nicht mit politischen Fragen befasse, da sich regionale Initiativen immer auch mit politischen Fragen auseinandersetzen.

Ein neuer Name werde für alte Ziele benutzt, die nicht erfolgreich gewesen seien. Auch der amerikanische Wissenschaftler und Balkanexperte an der John-Hopkins-Universität in Baltimore, *Edward P. Joseph*, der online zugeschaltet war und seine Kritik an der OBI betonte, meinte, dass wirtschaftliche Macht immer auch politische Macht sei. Er sei besorgt angesichts der Übermacht Serbiens bei dieser Initiative. Man könne Vučić, der offen mit Russland kooperiere, nicht trauen.

Die Gründerin und Direktorin des Zentrums für wirtschaftliche- und Europastudien, Dr. *Nina Vujošević*, unterstrich die einleitenden Worte des deutschen Botschafters Peter Felten, dass das primäre Ziel Montenegros die EU-Mitgliedschaft sein müsse, weswegen sich Montenegro auf seine Engagements bei CEFTA und im Berliner Prozess konzentrieren solle.

Bei einem anschließenden Panel, an dem Prof. *Gordana Đurović* von der Wirtschaftsfakultät in Podgorica sowie VertreterInnen aus Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Serbien und Albanien teilnahmen, wurde die Initiative höchst kontrovers erörtert. Nur der Nationale Koordinator für die OBI in der Regierung von Nordmazedonien, *Marjan Zabrcanec*, stellte sich uneingeschränkt hinter die Initiative. Sie sei kein Widerspruch zum EU-Beitritt und dem Berliner Prozess. Allerdings gab er zu, dass für Nordmazedonien, welches immer wieder – zuletzt von Bulgarien – im EU-Beitrittsprozess blockiert werde, OBI eine zumindest vorläufige vorteilhafte Lösung sei. Es gehe in erster Linie um eine für alle Beteiligten sinnvolle wirtschaftliche Initiative, die natürlich nicht völlig unpolitisch sei. Aber es gehe bei OBI um eine Politik der offenen Tür für alle Balkanstaaten. Das Ziel des EU-Beitritts werde davon nicht berührt. Die bisher beteiligten Staaten würden sich bei Naturkatastrophen unterstützen und über eine sogenannte Grüne Linie den Grenztransport vereinfachen, so dass sie sich bei Ernährungs- und Energiekrisen helfen könnten.

1 https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/varhelyi/announcements/statement-commissioner-oliver-varhelyi-official-opening-open-balkan-summit-belgrade_en

2 <https://www.dw.com/en/open-balkan-initiative-risks-aggravating-political-problems-in-the-region/a-62834261>

3 <https://ba.boell.org/en/2022/06/17/statement-open-balkan-tool-avoiding-principles-rule-law-roadmap-eu>

Gerade die Vereinfachungen im Grenzverkehr sah Đurović sehr kritisch. OBI sei die Idee eines Balkans „ohne Grenzen“, wie von den teilnehmenden Staaten betont werde. Aber ein Balkan „ohne Grenzen“ sei auch ein Balkan ohne Kontrolle. OBI sei als Folge einer vorübergehenden Stagnation des Berliner Prozesses entstanden, der aber inzwischen wieder sehr lebendig sei. Am Berliner Prozess nähmen alle sechs Westbalkanstaaten teil, während OBI eher spalte. Đurović verwies darauf, dass Montenegro aufgrund seiner geringen Größe und Wirtschaftskraft gerade auch in der Landwirtschaft nicht wettbewerbsfähig sei. Hinzu käme, dass es in der OBI keine Institutionen und Kompensationen gäbe wie in den Strukturfonds der EU.

ExpertInnen aus Bosnien und Herzegowina (der ehemalige Diplomat *Draško Aćimović*), aus Serbien (*Balša Božović*, ADD/Academy for Democratic Development), aus Kosovo (*Demush Shasha*, European Policy Institute) und Albanien (*Alba Çela*, AIIIS/Albanian Institute for International Studies) waren einmütig eher kritisch bis ablehnend gegenüber der OBI. *Aćimović* meinte, dass OBI bei aller Kritikwürdigkeit in gewisser Weise den Berliner Prozess beschleunigt und insofern einen positiven Effekt gehabt habe. Besonders ablehnend äußerte sich dagegen *Balša Božović*. OBI sei eine Initiative, die im Zusammenhang mit dem Non-Paper des slowenischen Präsidenten Janez Janša stehe und im Gegensatz zu dem Ziel der EU-Mitgliedschaft der Region. Aber das Ziel der sechs WB-Staaten müsse die EU-Mitgliedschaft sein. Nur Serbien gehe nicht diesen Weg, sondern verfolge immer mehr das Ziel eines „Großserbien“ unter dem Deckmantel der „Serbischen Welt“. Auch *Demush Shasha* aus Kosovo betrachtete die OBI als eine Abweichung vom Weg in die EU. *Alba Çela* konstatierte, dass die OBI die Region spalte und nicht einige. Zum Berliner Prozess gebe es ihrer meiner Meinung nach keine Alternative.

Zum Abschluss der Konferenz stellte *Gudrun Steinacker*, Vizepräsidentin der SOG, fest, dass

ihre Skepsis gegenüber der OBI durch die Veranstaltung nicht geringer geworden sei. Es sei fraglich, ob OBI wirklich zu regionaler Kooperation und Rechtsstaatlichkeit beitragen werde. Auch die Leiterin des FES-Büros in Belgrad, *Kirsten Schönefeld*, unterstrich die Beschleunigung der EU-Integration als die vordringlichste Aufgabe für die Westbalkanregion. Dazu werde der Berliner Prozess beitragen.

Daliborka Uljarević schloss die Konferenz mit der Feststellung, dass es gut gewesen sei, die OBI und den Berliner Prozess in einer substanziellen Debatte zu erörtern. Ohne eine solche sei es nicht möglich, eine Entscheidung über einen Beitritt Montenegros zur OBI zu treffen. Montenegro sei gut beraten, in seiner Außenpolitik dem EU-Beitritt die höchste Priorität beizumessen. In diesem Kontext und unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den Ländern der Region sei es unwahrscheinlich, dass eine Teilnahme an der OBI Montenegro nutzen würde. *Uljarević* verwies auf die von Vizepremierministerin *Jovana Marović* angekündigte Analyse des montenegrinischen Außenministeriums.

Anmerkungen der Autorin:

Diese Analyse liegt inzwischen vor. Sie folgt im Wesentlichen der Argumentation in der Stellungnahme der „Western Balkans 6 Strategy Group“ vom 17. Juni 2022 (s.o.) und rät von einer Teilnahme Montenegros an OBI ab. Wie oben erwähnt, trat Jovana Marović am Tag der Konferenz von ihrem Regierungssamt zurück, wobei das Ergebnis der Analyse des Ministeriums eine Rolle gespielt haben soll.⁴

Die Stiftung Wissenschaft und Politik SWP hat am 03. Dezember 2022, dem Tag des Gipfels im Rahmen des Berliner Prozesses in Berlin, eine sehr zuversichtliche Stellungnahme veröffentlicht, welche die OBI erstaunlich positiv und als komplementär mit dem Berliner Prozess bewertet.⁵

Dem entgegen steht eine Analyse von Kurt Bassuener, dem Mitbegründer des Democratization Policy Council (DPC) in Berlin. Bassuener hält die OBI für undurchsichtig und zweifelhaft.

4 <https://balkaninsight.com/2022/11/25/montenegro-european-affairs-ministry-criticizes-open-balkan-initiative/>

5 <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-open-balkan-initiative-ergaenzet-den-berliner-prozess>

Die amerikanische Unterstützung verurteilt er scharf. Dies sende eine Botschaft aus, dass die USA de facto Großserbien, Großkroatien und

Großalbanien als Optionen einer Prosperität in der Region verfolgten.⁶

6 www.justsecurity.org/79176/us-focus-on-open-balkan-economic-project-risks-open-season-instead/

19. Frankfurter Medienrechtstage 2022 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – Ein Grundpfeiler der Demokratie?

Veranstalter: Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) / Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / mit freundlicher Unterstützung der Märkischen Oderzeitung
Ort: Frankfurt (Oder), 1./2. Dezember 2022

Bericht von Christina Christidou, Frankfurt (Oder)

Das etablierte Forum „Frankfurter Medienrechtstage“ gab 2022 gleich zweimal die Möglichkeit zu Gesprächen und zum Austausch über die Arbeit und die Lage der Medien in Südosteuropa und im Kontext und Vergleich dazu die Situation der Medien in Deutschland. Zentral war bei diesem Treffen die Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Grundpfeiler der Demokratie ist. Begrüßt wurden die Teilnehmer*innen von der geschäftsführenden Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Prof. Dr. Eva Kocher, dem Leiter des Medienprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Hendrik Sittig, sowie dem Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Claudia Weber.

Die Referent*innen und Diskussionsteilnehmer*innen beschränkten sich während der Tagung nicht darauf, lediglich Bericht über die Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erstatten oder über diese zu diskutieren, sondern hoben klar und deutlich auch die Schwierigkeiten hervor. Unzureichende Finanzierung, korrupte Strukturen oder die politische Verfolgung von Journalist*innen waren dabei nur einige der genannten, immer wieder auftretenden Probleme, welche die Länder Südosteuropas zu bewältigen haben. Unter solchen Umständen, so die einhellige Meinung, werde es immer wichtiger, über die Rolle des öffentlich-rechtli-

chen Rundfunks in ganz Europa gemeinsam zu diskutieren. Er sei ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie und habe den Erwartungen der demokratischen Öffentlichkeit gerecht zu werden. Wie man zu einer ausgewogenen und sachlichen Berichterstattung gelangt und die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und Europa festigt, wurde mit Medienexpert*innen, Medienrechtler*innen und Journalist*innen aus Deutschland und Südosteuropa in Beiträgen und Diskussionen erörtert.

Tag Eins: Rechtliche und tatsächliche Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Südosteuropa

Im ersten, von Prof. Dr. Claudia Weber moderierten Panel wurde über die rechtliche und tatsächliche Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Albanien, Montenegro und Kosovo berichtet. Den Auftakt machte Dr. Brikena Kasmi aus Tirana als Vertreterin Albaniens. Sie beschrieb ausführlich die Höhen und Tiefen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ihrem Heimatland und das nur geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Medien. Die auftretenden Finanzierungsschwierigkeiten im Rahmen des Wandels hin zu einer Privatisierung der öffentlichen Einrichtung stellten neben dem geringen Stellenwert der Meinungsfreiheit ein wesentliches Problem dar. Die Berichterstattung sei zwar aktuell ausbalancierter als früher und die